

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Markus Ornig, MBA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Marina Hanke, BA (SPÖ) und Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ) zu Post Nr. 2 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 21.01.2025.

Beibehaltung der pro-europäischen Haltung Österreichs

Österreich feierte am 1. Jänner dieses Jahres das 30. Jubiläum seiner EU-Mitgliedschaft und hat in den vergangenen drei Jahrzehnten maßgeblich von der Integration in die EU profitiert. Die Teilnahme am gemeinsamen Binnenmarkt, die Einführung des Euro und die offenen Grenzen im Schengen-Raum haben wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Steigerung der Lebensqualität in unserem Land beigetragen.

Am 10. Jänner 2025 haben FPÖ und ÖVP beschlossen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Sollten diese Verhandlungen zu einem positiven Abschluss kommen, wird Österreich mit Herbert Kickl seinen ersten freiheitlichen und EU-skeptischen Bundeskanzler haben. Mit einer FPÖ-Regierungsbeteiligung kündigt sich damit ein Bruch mit der traditionell pro-europäischen Haltung Österreichs an.

Die Forderungen der FPÖ, die Kompetenzen der EU zurückzuschrauben und sich zurück zu den Nationalstaaten zu besinnen, sind gefährlich. Die EU ist für Österreich nicht nur ein Garant für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern auch die zentrale Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand. Österreich und vor allem Wien hat von dem EU-Beitritt vor 30 Jahren wirtschaftlich stark profitiert. Die österreichische Wirtschaft ist mit dem EU-Beitritt deutlich stärker

gewachsen, das BIP ist höher als es ohne EU wäre. Der wirtschaftliche Vorteil der EU beträgt in Österreich laut WIFO pro Kopf durchschnittlich circa 3.860 € pro Jahr.

Gerade eine weltoffene und wirtschaftlich starke Metropole wie Wien ist ohne EU nicht vorstellbar. Eine Abkehr von der pro-europäischen Haltung wird nicht nur das internationale Ansehen Österreichs schwächen, sondern auch gravierende negative Folgen für den Wirtschaftsstandort in Wien und ganz Österreich nach sich ziehen. Unternehmen äußern bereits jetzt Sorgen, dass sie wirtschaftliche Nachteile durch eine freiheitliche Regierungsbeteiligung befürchten.

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich ausdrücklich zur pro-europäischen Haltung Österreichs und fordert die zukünftige Bundesregierung, insbesondere den Bundeskanzler, dazu auf, sich zur Europäischen Union und ihren demokratischen Grundwerten zu bekennen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

20.01.2025